

Jugendlichen, in der viele Kinder so sind wie mein Kind, Freundschaften zu schließen.“

Außerdem wählen und wählen die Familien bewusst das fachliche Angebot mit dem Schwerpunkt Hauswirtschaft und Gastronomie wegen des hohen lebenspraktischen Wertes, aber auch, weil gerade im Bereich Ernährung und Gastronomie häufig Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung angeboten werden. (Zunehmend werden auch Arbeitsmöglichkeiten in der Pflege diskutiert.)

Die Berufliche Schule Uferstraße hat über 20 Jahre die Erfahrung gemacht, dass nicht alle SchülerInnen Einzelintegration leisten können bzw. dass es ihnen damit nicht immer gut geht. Das aufgrund dieser Erfahrung von der W2 entwickelte Konzept des Lernens in der Peergroup, das ein phasenweises gemeinsames Lernen mit SchülerInnen der Berufsfachschulen und der Fachoberschule Sozialpädagogik vorsieht, wurde besonders in den 90er Jahren durchaus kontrovers

diskutiert und vereinzelt als „integrationsfeindlich“ angesehen. Heute thematisiert auch die Zeitschrift *Gemeinsam leben – Zeitschrift für Inklusion*, das Organ der *Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben – gemeinsam lernen*, die energisch für die Inklusion eintritt, Vereinsamung und Mobbing von SchülerInnen mit Handicap in I-Klassen und die Vorteile der Peergroup.

In der Beruflichen Schule Uferstraße haben die SchülerInnen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung einen hohen Stellenwert, schon allein aufgrund ihrer Anzahl (ca. 280 von knapp 1000 SchülerInnen der W2 sind SchülerInnen mit einem Handicap). In der Beruflichen Schule prägen sie das Bild der Schülerschaft mit und sind ganz selbstverständlich am Schulleben beteiligt; sie sind im Schülererrat vertreten und ihre Eltern im Elternrat.

Die Berufliche Schule Uferstraße ist die einzige Berufliche Schule in Hamburg, die SchülerInnen mit dem Förderschwer-

punkt geistige Entwicklung in ihrer Peergroup fördert und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit gibt, mit nicht behinderten SchülerInnen im Rahmen der regulären Berufsausbildung gemeinsam zu lernen und zu arbeiten. Die W2 hat sich zu einer Fachberufsschule für Dienstleistung am Menschen mit den Bereichen Ernährung, Gesundheit und Soziales entwickelt und bereitet damit SchülerInnen mit und ohne Behinderung schon während der Ausbildung auf eine gemeinsame berufliche Tätigkeit vor.

Eine Planung des HIBB für die inklusive Berufsausbildung gibt es ganz offenbar nicht. Unverständlich ist, dass ein funktionierendes Konzept zerstört werden soll, das sowohl bei der jährlich durchgeführten Evaluation durch die Familien als auch im Bericht der Schulinspektion positiv bewertet wurde.

Die W2 muss bleiben!

HERMA KINDT, ehemalige Kollegin und Abteilungsleiterin an der W2  
MARIA MIELKE, ehemalige Kollegin und Schulleiterin der W2

## BERUFLICHE BILDUNG

# Paradies für angehende Auszubildende?

Warteschleifen anstelle betrieblicher Ausbildungsplätze kennzeichnen die Situation

Landauf landab wird so getan, als ob jetzt „goldene Zeiten“ für angehende Auszubildende anstünden. Hier einige Beispiele:

□ „Die Agentur für Arbeit Hamburg, die Behörde für Schule und Berufsbildung, die Handelskammer Hamburg und die Handwerkskammer Hamburg haben eine überwiegend positive Bilanz über die Situation am heimischen Ausbildungsmarkt gezogen.“ (Presseerklärung der oben

genannten „Akteure auf dem Ausbildungsmarkt“ vom 7. November 2012 zur Hamburger Ausbildungsbilanz 2012)

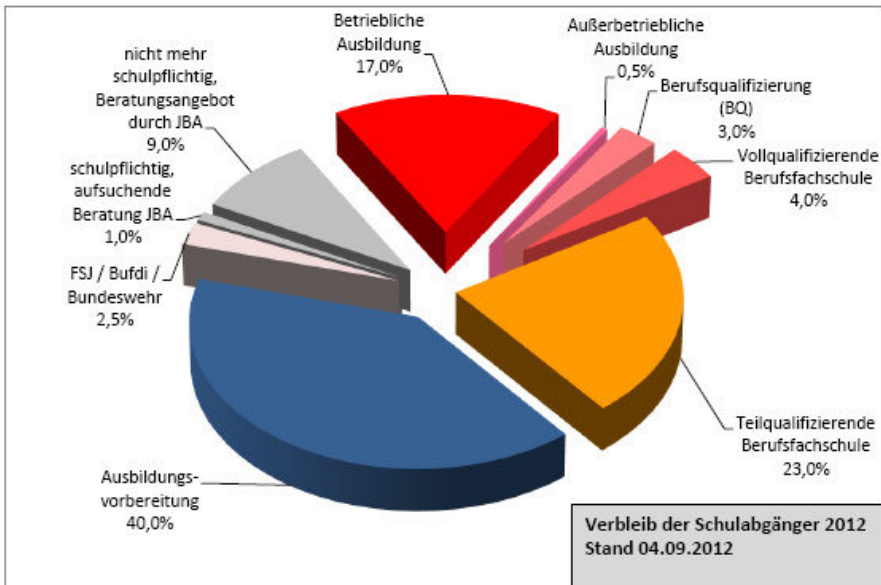
□ Im „Ausbildungsreport 2012“ der Schulbehörde glaubt Schulsenator Rabe eine „erfreulichen Entwicklung“ auf dem Ausbildungsmarkt zu erkennen.

□ Fin Mohaupt, Leiter der Ausbildungsberatung der Hamburger Handelskammer, behauptet (Hamburger

Abendblatt vom 28.02.12): „Es herrschen derzeit goldene Zeiten für Azubis“:

□ Herr Schünemann, Vizepräsident der Handelskammer, spricht von einem „zunehmenden Mangel an Bewerbern“. (Welt 06.11.2012)

□ Im Presse Info der Arbeitsagentur Hamburg (vom 11.05.2010) heißt es: „Der Hamburger Ausbildungsmarkt zeigt sich als absoluter Bewerbermarkt“.



**Verbleib der Schülerinnen und Schüler aus den Klassen 9 und 10 der Stadtteilschulen, Förder-  
schulen und privaten Ersatzschulen, die nicht weiter eine allgemeinbildende Schule besuchen**

□ Das Hamburger Abendblatt (vom 01.02.13) vermeldet: „Hamburger Firma lockt gute Lehrlinge mit Dienstwagen“. Bei genauerem Hinsehen stellt sich dann heraus, dass dies nur für die 5 Besten von 167 Auszubildenden aus dem ganzen Bundesgebiet einer Schweizer Restaurantkette gilt.

Stutzig hätte aber machen müssen, dass es in dieser Firma offensichtlich keine Sechzehn- und Siebzehn-Jährige gibt. Dazu komme ich später.

Soweit einige Meldungen zu den „goldenen Zeiten“ für angehende Auszubildende.

Wie aber sieht es wirklich aus?

Dazu möchte ich auf zwei Erhebungen verweisen: eine Schulabgängerbefragung und eine Ausbildungsmarktstatistik.

Laut Schulabgängerbefragung vom Sommer 2012, die die Schulbehörde auf Druck der Linksfraktion in der Bürgerschaft durchgeführt hat, haben nur 25 % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus den Klassen 9 und 10 einen Ausbildungsplatz bekommen. 40 % der

Jugendlichen hatten einen Platz in der Ausbildungsvorbereitung, 23 % in einer teilqualifizierenden Berufsfachschule und 5 % in der Produktionsschule bekommen. Zählt man die Zahlen für Ausbildungsvorbereitung, teilqualifizierende Berufsfachschule und Produktionsschule zusammen, so erhält man 63 % Jugendliche, die in einer Warteschleife „versorgt“ wurden. Hamburg ist und bleibt – wie schon der „Ausbildungsreport 2009“ (S. 36) festgestellt hat – das Warteschleifenland der Republik. Dabei war gerade das Ziel der Reform der Beruflichen Bildung, die Warteschleifen abzubauen.

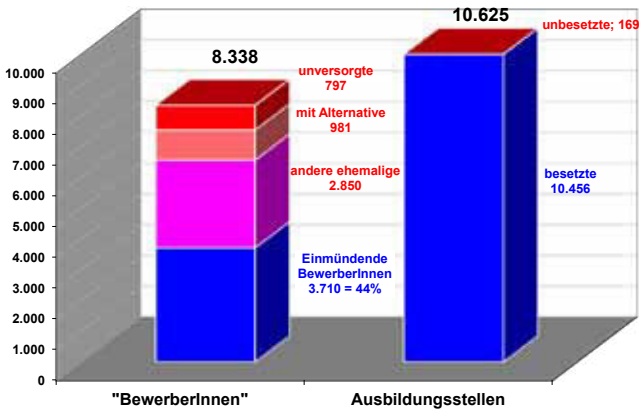
Nun könnte man sagen: wenn die Schulabgängerinnen und Schulabgänger keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, dann mangelt es ihnen an der nötigen Ausbildungsreife. Dagegen spricht selbst die Ausbildungsmarktstatistik der Arbeitsagentur Hamburg, wenn man diese geschönte Statistik richtig liest. Danach haben bis Ende September 2012 von den über 8.300 Bewerberinnen und Bewerbern für eine Berufsaus-

bildungsstelle nur 3.710 auch tatsächlich eine bekommen. Das sind 44 %, bundesweit sind es immerhin 51 %. Dazu muss man wissen, dass die Arbeitsagentur nur solche Jugendliche als „Bewerber“ zählt, die aus Hamburg kommen und die sie für „ausbildungsg geeignet“ hält. Fast die Hälfte der Ausbildungsplätze in Hamburg gehen an Jugendliche, die nicht aus Hamburg kommen; insgesamt hat es etwa 20.000 Ratsuchende bei der Arbeitsagentur gegeben, aber nur 8.300 waren angeblich „ausbildungsg geeignet“ und von diesen haben wiederum nur 3.710 Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen. Gut 4.600 Jugendliche, die selbst die Arbeitsagentur für ausbildungsg geeignet hält, haben mithin keinen Ausbildungsplatz bekommen.

Diese Zahlen zeigen, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Die bisherigen Maßnahmen des SPD-Senats – Berufsorientierung, Jugendberufsagenturen und der Abbau von Warteschleifen – reichen nicht.

1) Berufsorientierung und



**Bei der Arbeitsagentur Hamburg gemeldete Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen und deren Verbleib sowie gemeldete Berufsausbildungsstellen und deren Besetzung, Ende September 2012**

Jugendberufsagenturen können gut sein, wenn es genügend Ausbildungsplätze gibt. Dass ist gerade nicht der Fall. Wohin soll man die Jugendlichen „orientieren“ und wohin soll man sie „beraten“, wenn es nur für 18 % betriebliche Ausbildungsplätze gibt? Das grenzt an Betrug.

2) Die von der Bürgerschaft beschlossene „Reform der Beruflichen Bildung“ ist von der Idee her gut. Sie sieht den Abbau von Warteschleifen und im Gegenzug den Aufbau des Hamburger Ausbildungsmodells vor. Leider wird die „Reform der Beruflichen Bildung“ vom SPD-Senat und der Schulbehörde ziemlich einseitig verstanden. Warteschleifen werden abgebaut, aber nur der bessere Teil, die teilqualifizierenden Berufsfachschulen. Sie wurden zum letzten Mal im Schuljahr 2012/13 angeboten. Im Schuljahr 2004/05 sind hier noch fast 5.000 Schülerinnen und Schüler aufgenommen worden. Dagegen bleiben die diversen Berufsvorbereitungsmaßnahmen erhalten und die Ausbildungsvorbereitung dual („AV dual“) wird sogar ausgebaut. Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, dass Warteschleifen wie die „AV dual“ der ganze Stolz des SPD-Senats und der Schulbehörde sind.

Andererseits fristet das Ham-

burger Ausbildungsmodell, das Kernstück der „Reform der Beruflichen Bildung“, ein Schattendasein. Das Hamburger Ausbildungsmodell bietet Jugendlichen, die „eine mehrfach erfolglose Bewerbung um einen Ausbildungsplatz im dualen System nachweisen“ können (Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule – Beruf vom Juni 2009), im 1. Ausbildungsjahr eine Berufsqualifizierung (BQ) in einer einjährigen Berufsfachschule. Angeboten werden anerkannte Ausbildungsberufe wie Kraftfahrzeug-Mechatroniker/in, Elektroniker/in, Bürokaufmann/frau und Kaufmann/frau für Bürokommunikation. Im 2. Ausbildungsjahr sollen die Jugendlichen nach Möglichkeit in eine betriebliche Berufsausbildung wechseln, ansonsten können sie die Ausbildung in einer trägergestützten Berufsausbildung fortsetzen.

Bisher sind nur etwa 170 Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Hamburger Ausbildungsmodell untergebracht worden (Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 27.0712; Drucksache 20/4740). Das ist viel zu wenig. Selbst wenn, wie versprochen, die Platzzahl bis 2014 auf 1.100

erhöht wird, ist das immer noch viel zu wenig. Allein bei der Arbeitsagentur hatten 4.600 „ausbildungsgerechte“ Bewerberinnen und Bewerber keinen Ausbildungsplatz bekommen.

Es muss eine echte Ausbildungsplatzgarantie her. Der SPD-Senat muss sein Versprechen der Ausbildungsplatzgarantie endlich einlösen. In seinem „Regierungsprogramm“ hatte er noch Anfang 2011 zugesagt: „Wir wollen, dass allen Hamburger Jugendlichen der Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung ermöglicht wird. Niemand soll auf diesem Weg allein gelassen werden. Alle Schülerinnen und Schüler haben nach Abschluss der allgemeinbildenden Schulzeit ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren.“ Alles deutet darauf hin, dass dies Versprechen gebrochen wird.

Die Ausbildungsplatzgarantie kostet etwas. Aber es ist nicht viel im Vergleich zur HSH Nordbank oder zur Elbphilharmonie. Es wäre mal eine Zukunftsinvestition. Sie würde vielen Jugendlichen mehr bieten als Warteschleifen.

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Vorschlag für eine Ausbildungsplatzgarantie unterbreitet. Alles in allem würde sie etwa 38 Mio. € kosten. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, dass es um unsere junge Generation geht. Man könnte das auch mit einer Ausbildungsumlage finanzieren, so wie es der SPD-Senat bei den Pflegeberufen tut und wie es die SPD-Fraktion vor 5 Jahren in der Bürgerschaft gefordert hat und wie es auch im Wahlprogramm der SPD steht.

Wenn man will, kann man es machen. Oder man redet eben nur von „goldenen Zeiten“.

KAY BEIDERWIEDEN  
Referent in der Bürgerschaft